

Kiel, 12.11.2004

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 48 – Schlussbericht 2. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

Günter Neugebauer:

Die CDU ist gescheitert und sollte dies eingestehen

Der hinter uns liegende Untersuchungsausschuss war eine Veranstaltung der Superlative:

- 2 Jahre und 8 Monate Beratungszeit
- 86 Sitzungen, davon viele ganztägig
- über 42 Zeugen, die teilweise mehrfach vernommen wurden,
- 172 Aktenordner Beweismaterial,
- 580 Seiten Abschlussbericht,
- Hunderttausende Euro Kosten,
- 13 Abgeordnete, die 2 ½ Jahre von vielen wichtigeren Aufgaben abgehalten wurden.

Hinzu kommen noch:

- Grosse Ankündigungen,
- schwere Geschütze,
- schillernde Zeugen,
- starke Worte in Schrift und Ton.

Und schließlich:

- Ein grandioses Scheitern der Opposition mit ihrem Versuch, die Ministerpräsidentin mit einer beispiellosen Schmutzkampagne zu Fall zu bringen.

Dieser Aufwand, meine Damen und Herren von der Opposition, war also notwendig, um letztlich zu der Erkenntnis zu gelangen, dass an den von Ihnen lautstark vorgetragenen Vorwürfen nichts dran ist. Zu dieser Feststellung hätte man nach unserer Einschätzung bereits nach kurzer Zeit kommen und den Rest der Justiz überlassen können. Aber die Versuchung, diese Kampagne gegen die Ministerpräsidentin bis noch zur Bundestagswahl 2002, dann noch bis zur Kommunalwahl 2003 und schließlich noch bis zur Landtagswahl 2005 fahren zu können, war wohl einfach zu groß.

Dabei war schon die Einsetzung dieses Ausschusses begleitet von Pleiten, Pech und Pannen. Vier Anläufe brauchte die CDU, um endlich einen Antrag vorzulegen, der eine einigermaßen brauchbare Arbeitsgrundlage des Ausschusses darstellte. Es begann mit einem Dringlichkeitsantrag zur Einsetzung im Februar 2002, dem leider nur die Dringlichkeit fehlte. Ein dann zur Sitzung des Landtages im März 2002 eingereichter Antrag musste von der CDU wieder zurückgezogen werden, weil man bei der Erweiterung des Antrages die Drucksachenfrist versäumt hatte. An dieser Stelle wurde es dann auch der FDP zu bunt, die der CDU nun öffentlich wegen ihres dilettantischen Vorgehens die Zusammenarbeit aufkündigte.

In einer extra anberaumten Sondersitzung des Landtages im April 2002 klappte es dann endlich, wenn auch nur vorläufig. Denn der Antrag, den die Opposition uns nun präsentierte, war rechtlich so mangelhaft, dass er dann später, in einer neuen Sitzung des Landtages, erheblich nachgebessert werden musste, um rechtsstaatlichen Grundsätzen noch zu entsprechen. Hierauf hatte unser Fraktionsvorsitzender Lothar Hay bereits in seiner Rede am 29. April 2002 auch deutlich hingewiesen, seine Mahnungen blieben aber ungehört. Die Reparatur der verfassungsrechtlichen Mängel verzögerte die Arbeit des Ausschusses dann um Monate.

Die Opposition war offensichtlich so trunken von der Vorstellung, nun das Erreichen zu können, was ihr bisher durch Wahlen nicht gelungen war, dass sie neben der handwerklichen parlamentarischen Sorgfalt nun auch Anstand und rechtsstaatliche Grundsätze mehr und mehr sausen ließ.

Dies galt um so mehr, als sich dann nach wenigen Sitzungen des Ausschusses in der Beweisaufnahme immer deutlicher herausstellte, dass an den Vorwürfen der Opposition und namentlich des Kollegen Kayenburg gegenüber der Ministerpräsidentin, diese habe von den Machenschaften der Herren Dr. Pröhl und Co. gewusst und diese gedeckt, nichts übrig bleiben würde.

Statt aber die Sache nun zu einem zügigen Ende zu führen, ging die CDU erst richtig in die Vollen. Dennoch gaben die häufig ganztägigen Vernehmungen von Auskunftspersonen trotz des inquisitorischen Eifers des Obmannes der CDU-Fraktion nichts Sensationelles her. Und auch der Kronzeuge der Opposition gegen die Ministerpräsidentin, Dr. Pröhl, hüllte sich, zumindest vor dem Untersuchungsausschuss, mehr als ein Jahr lang in Schweigen.

Das hielt insbesondere die CDU nicht davon ab, ihr Kesseltreiben gegen Frau Simonis fortzusetzen. Ich will Ihnen nur einige Beispiele der Diffamierungen und Unterstellungen von Mitgliedern der CDU-Fraktion in Erinnerung rufen:

- 16.09.2002: „Ministerpräsidentin wurde schwer belastet“ (PI der CDU-Fraktion)
- 25.11.2002: „Simonis hat gelogen“ (PI der CDU-Fraktion)
- 13.01.2003: „Unrichtige Aussage Simonis im Untersuchungsausschuss ... eine weitere falsche Aussage“ (PI der CDU-Fraktion)
- 20.01.2003: „Frau Simonis hat bereits vor dem Untersuchungsausschuss nachweislich mehrfach die Unwahrheit erklärt“ (PI der CDU-Fraktion)
- 05.05.2003: „Simonis schwer belastet ... hat Simonis vor dem Untersuchungsausschuss die Unwahrheit gesagt“ (PI der CDU)

- “Heide Simonis hat den Filzausschuss offenbar belogen” (Zitat von Graf Kersenbrock in den LN)

Beweise für diese Anschuldigungen ist die CDU bis heute schuldig geblieben. Diese Entgleisungen waren nicht nur das Werk eines außer Kontrolle geratenen Obmanns der CDU-Fraktion im Ausschuss, sondern wurden auch von der Fraktionsführung befördert. So erklärte der Kollege Kayenburg, unbelastet von jeglicher durch eigene Mitarbeit im Ausschuss erworbenen Kenntnis der Sachlage, nach einem seiner seltenen Besuche der Sitzungen am 11.06.2003 vor der Presse: “CDU: Simonis soll zurücktreten... Die Regierungschefin habe den Filz-Untersuchungsausschuss belogen und behindere die Aufklärung der Kieler Schloss-Affäre. Daher müsse sie über einen Amtsverzicht nachdenken, forderte CDU-Oppositionsführer Martin Kayenburg.” (SH Landeszeitung)

Zwar weist das Landtagshandbuch den Kollegen Kayenburg nicht als versierten Strafruristen aus, aber das hindert ihn nicht, auch gleich das Urteil mit zu verkünden:

- 11.06.2003: “Für mich würden die Fakten für einen Indizienprozess immer ausreichen”, Zitat von Martin Kayenburg zu Vorwürfen gegen die Ministerpräsidentin (SH-Landeszeitung)

Aber es kam noch schlimmer. Nachdem im Verlauf des Verfahrens ein früherer Geschäftspartner von Dr. Pröhl in der Untersuchungshaft verstarb sowie der Hamburger Unternehmer Falk Brückner, mit dem Dr. Pröhl das Projekt “Kieler Schloss” realisieren wollte, einer Herzattacke erlag, witterte die CDU-Fraktion ganz finstere Mächte am Werk:

06.12.2002: “Es fällt schwer, angesichts so vieler Merkwürdigkeiten an Zufall zu glauben” (Zitat M. Kayenburg im Zusammenhang mit dem Tod von drei Zeugen des Zweiten PUA und fünf Einbrüchen), “Andere CDU-Aufklärer flüstern, sie wollten

sich gar nicht vorstellen, dass Ministerpräsidentin Heide Simonis etwas damit zu tun haben könnte” (Hamburger Abendblatt)

Den makaberen Höhepunkt dieses Versuches, die Ministerpräsidentin mit den Todesfällen in direkte Verbindung zu bringen, stellte dann ein Beweisantrag der CDU-Fraktion dar, der allen Ernstes die Beiziehung der Todesermittlungsakten forderte. Dieser Antrag, den wir mehrheitlich auch in Kenntnis des Minderheitenrechts der Opposition abgelehnt haben, wurde bis heute nicht zurückgezogen.

Bei so viel Entschlossenheit mochte auch der CDU-Landesvorsitzende Peter Harry Carstensen nicht zurückstehen und stärkte seiner inzwischen schon arg in öffentliche Begründungsnot geratenen Aufklärungstruppe im Landtag mit folgender Presseerklärung den Rücken:

- 17.09.2003: “Schon jetzt steht fest: Es wurden Unwahrheiten gesagt. Die Ministerpräsidentin ist in schwere Widersprüche verstrickt und angeschlagen...” (Peter Harry Carstensen, PI des CDU-Landesverbandes)

Darüber hinaus wurden, gestützt auf das Minderheitenrecht und auf Kosten der Landeskasse, zahlreiche Personen als Zeugen geladen, die ersichtlich am Geschehen überhaupt nicht oder nur am Rande beteiligt waren. Bei diesen Beweiserhebungen “ins Blaue hinein” ging es offensichtlich nur darum, dass irgendetwas schon “hängen bleibt” und die Arbeit des Ausschusses weiter verzögert wird. Hierbei wurde die CDU tatkräftig von der FDP unterstützt, die trotz der Menetekel zu Beginn des Ausschusses auch die abstrusesten Beweisanträge mit absegnete.

Das Minderheitenrecht musste auch zur Durchsetzung von Beschlagnahmeanträgen für Terminkalender der Landesregierung erhalten, obwohl von der Landesregierung ein Verfahren zur Einsichtnahme angeboten wurde und neue Erkenntnisse aus diesen Unterlagen nicht zu erwarten waren. Und jüngst wurde mit CDU/FDP-Stimmen be-

schlossen, Beschwerde gegen die Ablehnung der Beschlagnahmeanträge durch das Amtsgericht Kiel zu erheben – obwohl die Unterlagen zur Bewertung der Vorgänge nicht mehr erforderlich sind.

Was wurde aber nun in der Sache wirklich festgestellt?

Ich will die Ergebnisse der Beweisaufnahme kurz zusammenfassen:

Es gab keine Regierungsaffäre, es gab eine Affäre Pröhl und Lohmann. Die Untersuchung hat ergeben, dass in beiden Tatkomplexen die Betroffenen Dr. Pröhl und Dr. Lohmann über längere Zeiträume Nebentätigkeiten ohne Kenntnis oder Genehmigung ihres Dienstherrn ausgeführt haben.

Dr. Lohmann / SAP-Vergabeverfahren:

Der Betroffene Dr. Lohmann wurde durch das Amtsgericht Kiel wegen Betruges zu einer Geldstrafe verurteilt, da er seine Nebeneinkünfte nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, angegeben hatte. Ein Verfahren wegen Bestechlichkeit wurde mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt. Hätte er seine Beratertätigkeiten vorschriftsmäßig beim Finanzministerium angezeigt, hätten sie ihm nach den Bestimmungen des Landesbeamtengesetzes verweigert werden müssen.

Die Untersuchung durch den Ausschuss hat keine Hinweise darauf gefunden, dass Mitglieder oder Beschäftigte der Landesregierung oder Abgeordnete über die Nebentätigkeiten des Dr. Lohmann unterrichtet waren oder ihm gar bei deren Ausübung oder Verschleierung Hilfe geleistet haben.

Im Zusammenhang mit der Beschaffung eines Mittelbewirtschaftungs- und Kostenleistungsrechnungsprogramms für die Landesregierung ist es unstrittig zu Verstößen gegen das Vergaberecht und die Landeshaushaltsordnung gekommen. Das hätte auch der Finanzausschuss feststellen können. Die Landesregierung hat hieraus Kon-

sequenzen gezogen, und wir gehen davon aus, dass künftig kein Anlass zur Kritik mehr gegeben sein wird.

Wichtig ist uns jedoch hervorzuheben, dass sich an keiner Stelle auch nur im Ansatz Hinweise darauf ergeben haben, dass es hier "Filz" oder gar Korruption gegeben hat. Die Vorgänge wurden parallel von der Staatsanwaltschaft untersucht, anfängliche Verdachtsmomente gegen eine frühere Mitarbeiterin der Landesverwaltung oder den betroffenen Dr. Lohmann haben sich nicht bestätigt. Es hat formale Mängel im Verfahren gegeben, inhaltlich lief alles jedoch transparent und korrekt ab.

Die formalen Mängel waren vermeidbar, dennoch ist dem Land kein finanzieller Schaden entstanden. Für die Vermeidung der formalen Fehler war nicht die politische Leitung des Finanzministeriums, sondern die zuständige Abteilung verantwortlich.

Ich komme nun zur Affäre, die mit dem Namen Dr. Pröhl verknüpft ist:

Der Betroffene Dr. Pröhl hat nach unseren Feststellungen über mehrere Jahre Nebentätigkeiten ausgeübt, die zumeist in direkter Verbindung zu seinen dienstlichen Aufträgen standen und daher wegen der Gefahr von Interessenkollisionen nicht genehmigungsfähig waren. Dazu gehörten zum eigenen Vorteil z. B. sein Einsatz für das Schloss Bredeneek, die Planung eines Reha-Zentrums in Katar und angeblich millienschwere Projekte mit dem Deutschen Orden.

Schließlich war der Betroffene Dr. Pröhl ohne Wissen der Landesregierung im Hintergrund an dem Projekt "Belvedere" von Falk Brückners Firma "B&B gerRelations AG" beteiligt, welche das Kieler Schloss aus Landesbesitz kaufen und zu einer Seniorenresidenz umbauen wollte. Dr. Pröhl hat hier nach unseren Erkenntnissen mit erheblichem zeitlichen Aufwand das Projekt mit vorbereitet, Verhandlungen mit Investoren und Betreibergesellschaften geführt und Verträge geschlossen sowie Firmen gegründet. Gleichzeitig diente er als Landesbediensteter dem Hamburger Unternehmer Falk

Brückner als "Türöffner" in der Landesregierung und nahm an wesentlichen Verhandlungen zur Realisierung des Projektes teil.

Die Gründe für das Verhalten Dr. Pröhls sind nach unseren Erkenntnissen, die sich mit denen der Staatsanwaltschaft decken, in seiner wirtschaftlichen Situation zu finden sowie dem Plan, sich eine berufliche Zukunft außerhalb des Landesdienstes aufzubauen, um nach dem Ende des Expo-Projektes gemeinsam mit Falk Brückner das ganz große Geld verdienen zu können. Hierzu nutzte Dr. Pröhl seine dienstlichen Kenntnisse und Kontakte, um in der B&B Firmengruppe Projekte vorzubereiten, die später gemeinsam ausgeführt werden sollten. Zu diesem Zweck plante Dr. Pröhl, den Landesdienst zu verlassen, jedoch nicht ohne sich zuvor durch die Verwertung dienstlich erworbenen Wissens und Kontakten eine gesicherte materielle Basis für den Sprung in die Selbständigkeit zu schaffen.

Im Falle des Projektes "Kieler Schloss" hat Dr. Pröhl die Staatskanzlei erst im September 2001 darüber unterrichtet, dass er "vorsorglich" als Vorstand bei der B&B gerRelations AG eingetragen sei, dort keine Tätigkeit ausübe und die Gesellschaft noch keine Geschäftstätigkeit aufgenommen habe. Dass er dort schon seit Monaten auch während seiner regulären Dienstzeit gemeinsam mit Falk Brückner das Projekt "Belvedere" vorbereitete und dieser bereits in Verhandlungen mit dem Land über den Ankauf des Kieler Schlosses stand, verschwieg er ebenso wie seine anderen Vorstands- und Geschäftsführpositionen in der B&B Gruppe.

Als der Schwindel im Februar 2002 aufflog, versuchte Dr. Pröhl, sich durch die Behauptung zu entlasten, die Staatskanzlei und die Ministerpräsidentin seien über seine Tätigkeiten seit langem informiert gewesen und hätten diese gebilligt. Insbesondere die Behauptung Pröhls, die Ministerpräsidentin sei eingeweiht gewesen, weckte bei CDU und FDP Begehrlichkeiten, hinter denen eine seriöse Untersuchung der Vorgänge durch die Opposition zwangsläufig zurückstehen musste. So wurden die abenteuer-

lichen Behauptungen des Dr. Pröhl, wann und bei welchen Gelegenheiten er mit oder in Gegenwart der Ministerpräsidentin über seine Tätigkeit für B&B und deren Projekte referiert haben will, durch die CDU-Fraktion kurzerhand zur Wahrheit erhoben und bildeten die Basis für die bereits zitierten Vorwürfe der Falschaussage und Lüge in Richtung der Ministerpräsidentin.

Oppositionsführer Kayenburg versuchte sich am 8. 6. 03 in der LN als Astrologe und verstieg sich gar zu der Vorhersage, „die Ministerpräsidentin werde den Sommer 2003 politisch nicht überleben“. Wie wir heute selbst sehen können, ist sie immer noch im Amt und putz munter.

Da die Pröhlschen Märchen über ein angebliches Sechs-Augengespräch, ein Arbeitsessen mit der Ministerpräsidentin oder seine Version des Gespräches anlässlich des Besuchs des omanischen Außenministers durch zahlreiche Zeugen, Unterlagen und Gerichtsentscheidungen inzwischen alle widerlegt wurden, hat die CDU allerdings nun ein erhebliches Problem mit ihrem Kronzeugen Dr. Pröhl. Der darf nämlich dies alles aufgrund von Gerichtsbeschlüssen öffentlich nicht mehr wiederholen und muss sich sogar wegen des Verdachts der Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen vor Gericht verantworten. Da mag sogar die FDP nicht mehr mitziehen und scheint auch Dr. Pröhl nicht mehr so ganz zu glauben, auch wenn man das nicht so genau sagen mag und sich eine genaue Beweiswürdigung und Glaubwürdigkeitsprüfung lieber erspart.

Aber ganz anders die CDU: In ihrem Bericht bleiben einfach die Behauptungen stehen, und die für die CDU unangenehmen Fakten werden weggelassen.

Für die SPD-Fraktion steht jedenfalls außer Zweifel, dass die Landesregierung und hier insbesondere die Ministerpräsidentin erstmals durch die Berichterstattung über die Vorgänge um das Kieler Schloss im Februar 2002 Kenntnis von den Machenschaften

des Dr. Pröhl erhalten hat. Wenn der damalige Chef der Staatskanzlei, Gärtner, bei der Lektüre der Post von Pröhl mehr Sorgfalt an den Tag gelegt hätte, hätte er die Doppelrolle Pröhls erkennen können. Sein Rücktritt nach dem Bekanntwerden der Vorgänge um Pröhl war notwendig und konsequent. Dafür haben ihm alle Fraktionen des Hohen Hauses Respekt gezollt. Gleichwohl haben die Untersuchungen keine Hinweise ergeben, dass er um das Doppelspiel Pröhls gewusst hat.

Es ist für uns unstrittig, dass die Bearbeitung des Nebentätigkeitsantrags durch die zuständige Abteilung der Staatskanzlei zügiger und stringenter hätte durchgeführt werden müssen. Auch wenn wir heute wissen, dass Dr. Pröhl das Verfahren durch bewusste und gewollte Verschleierung seiner Nebentätigkeiten absichtlich erschwert hat. Die jahrelange Ausübung ungenehmigter Nebentätigkeiten wäre hierdurch trotzdem nicht zu verhindern gewesen.

Dr. Pröhl hat das Nebentätigkeitsrecht durch Nichtanzeige seiner Aktivitäten missachtet und die Staatskanzlei durch falsche Angaben zum Umfang seiner Tätigkeiten aktiv getäuscht. Als jedoch feststand, in welchem Ausmaß Dr. Pröhl das Vertrauen seiner Vorgesetzten missbraucht und gegen das Nebentätigkeitsrecht verstoßen hat, wurde aus Sicht der SPD-Fraktion konsequent und zügig gehandelt. Dr. Pröhl wurde fristlos entlassen, Klaus Gärtner übernahm die politische Verantwortung.

Ich komme zu Schluss. Zunächst möchte ich mich bedanken namentlich bei den beiden Ausschussvorsitzenden, Thomas Stritzl und Rolf Fischer, beim Ausschussgeschäftsführer, Herrn Gerhard, bei Herrn Dr. Caspar vom wissenschaftlichen Dienst und den vielen Mitarbeitern in der Landtagsverwaltung. Mein besonderer Dank gilt meinen Fraktions-Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss und den Mitarbeitern, insbesondere Thorsten Pfau, der uns das letzte Jahr alleine mit juristischem Rat und Tat zur Seite stand.

Wie ich erfahren habe, will für die CDU statt meines Obmann-Kollegen der Oppositionsführer selbst sprechen, obwohl er an der Beweisaufnahme kaum teilgenommen hat. Die Platzierung dieses TOP wie auch die Kürze der von der CDU gebilligten Redezeit lassen erkennen, dass die Opposition vom Ergebnis niedergeschlagen ist und das Interesse verloren hat. Ich hoffe, dass der Kollege Kayenburg nach Lektüre des Berichtes nun doch zu der Einsicht gelangt ist, dass er und seine Fraktion hier deutlich über das Ziel hinaus geschossen sind. Ich erwarte, dass sie nicht nur die unbegründeten und haltlosen Feststellungen aus dem Minderheitenvotum wiederholen wollen.

Die CDU hat sich zu lange auf ihren einzigen Kronzeugen Dr. Pröhl gestützt. Ihm glauben weder die Gerichte, noch werden seine schweren Anschuldigungen durch Fakten und Zeugenaussagen gedeckt. Die Kampagne der Opposition ist in sich zusammengebrochen. Die Ministerpräsidentin ist voll rehabilitiert.

Herr Kayenburg, seien Sie so fair und anständig, sich namens Ihrer Fraktion für die diffamierenden Vorverurteilungen bei Ministerpräsidentin Heide Simonis zu entschuldigen.